Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1011**

15. Wahlperiode 20. 05. 2003

Antrag

der Abgeordneten Dr. Christian Ruck, Dr. Friedbert Pflüger, Arnold Vaatz, Dr. Wolfgang Schäuble, Siegfried Helias, Hermann Gröhe, Dr. Wolfgang Bötsch, Dr. Ralf Brauksiepe, Rainer Eppelmann, Hartwig Fischer (Göttingen), Norbert Geis, Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Egon Jüttner, Volker Kauder, Rudolf Kraus, Conny Mayer (Baiersbronn), Sibylle Pfeiffer, Christa Reichard (Dresden), Dr. Klaus Rose, Dr. Andreas Schockenhoff, Dr. Hans-Peter Uhl, Peter Weiß (Emmendingen) und der Fraktion der CDU/CSU

Den politischen Neubeginn und Aufbau des Irak mitgestalten

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Regime von Diktator Saddam Hussein ist beseitigt, die Weichen für die Zukunft des Landes werden neu gestellt. Deutschland hat ein herausragendes Interesse, dass sich der Irak zu einem stabilen Staat mit rechtsstaatlichen pluralistischen Strukturen entwickelt, in dem die grundlegenden Menschen- und Minderheitenrechte respektiert werden, alle Massenvernichtungswaffen auf Dauer beseitigt sind und der seine Nachbarn und Israel nicht mehr bedroht. Die Notwendigkeit eines schnellen Aufbaus der Strukturen, Institutionen und Rahmenbedingungen für Stabilität und nachhaltige Entwicklung im Irak ist augenscheinlich. Der Umfang und Schwierigkeitsgrad der hiermit verbundenen Aufgaben macht eine möglichst breite Beteiligung der internationalen Staatengemeinschaft notwendig. Die Amerikaner und ihre Verbündeten, aber auch die internationalen Finanzorganisationen, die EU-Kommission und UNDP bereiten intensiv den Aufbau und die politische Reformierung des Irak vor.

Deutschland könnte hierzu – vor allem in den internationalen Institutionen und im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit – nicht nur einen dringend benötigten Beitrag leisten, sondern auf diesem Wege auch seine Interessen bei der Ausgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Zukunft des Irak einbringen. Die Bundesregierung hat jedoch bisher weder konzeptionell noch finanziell nennenswerte Anstalten zur Beteiligung am Aufbau und an der Stabilisierung des Landes getroffen. Ihr Einsatz zur Aufhebung des nach dem Kuwaitkrieg von 1991 verhängten Wirtschaftsembargos ist nur halbherzig geblieben, obwohl dieses, solange es noch gültig ist, massiv die Unterstützungsmaßnahmen für die Menschen im Irak behindert.

Für einen substanziellen Beitrag Deutschlands zum Aufbau und zur Stabilisierung des Irak sollte sich die Bundesregierung von folgenden Überlegungen leiten lassen: Der politische und wirtschaftliche Aufbau sollte unter der Koordinierung der Vereinten Nationen erfolgen mit dem Ziel, die politische Verant-

wortung baldmöglichst den Irakern zu übertragen. Die territoriale Integrität des Irak als säkularer Staat muss gewahrt bleiben. Die Religionen, Traditionen und Sitten müssen respektiert und das reiche Kulturgut muss erhalten werden. Angestrebt werden sollte eine verfassungsmäßige Ordnung, in der die grundlegenden Menschen- und Minderheitenrechte gewahrt sind und nationale Aussöhnung, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus wirtschaftliche und soziale Stabilität so bald wie möglich gesichert werden. Mit dem politischen und wirtschaftlichen Aufbau des Irak sollte ein regionaler Stabilisierungsprozess einhergehen, der zu einer Befriedung der gesamten Region beitragen muss.

Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung nachdrücklich dazu auf,

1. sofort mit den Vorbereitungen für eine nennenswerte Beteiligung am Aufbau des Irak zu beginnen. Hierbei sind vor allem folgende Kooperationsfelder und Instrumente zu berücksichtigen:
   - der Aufbau einer nach rechtsstaatlichen Grundsätzen ausgerichteten Administration sowie demokratischer Basisstrukturen auf Gemeindeebene. Deutschland kann hier seine jahrzehntelange Erfahrung bei der Reform von Verwaltung, Justiz und Polizei sowie beim Aufbau einer Kommunalverwaltung einbringen;
   - Struktur- und Investitionsprogramme für den Aufbau des Landes unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse in lebenswichtigen Infrastrukturzweigen wie der Trinkwasser- und Gesundheitsversorgung;
   - die Förderung marktwirtschaftlicher Reformen (insbesondere die Schaffung der notwendigen institutionellen Rahmenbedingungen, die Beschäftigungsförderung sowie der Aufbau eines privatwirtschaftlich organisierten Finanzsektors);
   - Bildung und Ausbildung;
   - die Stärkung der Zivilgesellschaft. Besonders hier können die nichtstaatlichen Akteure der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, die Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und politischen Stiftungen eine wertvolle Rolle spielen und müssen in die Entwicklungszusammenarbeit intensiv eingebunden werden;
   - die nichtstaatlichen Akteure zum Zwecke eines reibungslosen Übergangs von kurzfristigen Maßnahmen der humanitären Hilfe zu längerfristigen entwicklungspolitischen Aktivitäten zu unterstützen;
2. sich bei der Konzipierung und Umsetzung so eng wie möglich mit den im Irak tätigen bilateralen Gebern, mit der EU-Kommission und mit den internationalen Organisationen abzustimmen;
3. aktiv dafür einzutreten, dass die NATO eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung des Irak erhält. Dabei sollte sie eine Beteiligung geeigneter Bundeswehr-Einheiten im Rahmen ihrer Möglichkeiten nicht ausschließen;
4. sich dafür einzusetzen, dass im Rahmen einer internationalen Konferenz – unter Berücksichtigung der möglichen Einnahmen aus der irakischen Ölförderung – ein Finanzierungsplan für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und eine Neuregelung der irakischen Schulden und Reparationsleistungen erarbeitet wird;

5. sich im Zusammenhang mit der wiederholten Aufdeckung von Massengräbern dafür einzusetzen und daran mitzuwirken, dass die Grausamkeiten des Terrorregimes Saddam Husseins aufgedeckt, die Stätten des Terrors und der Massengräber gesichert und die Fakten dokumentiert werden, um sie der historischen Aufarbeitung zuzuführen, Beweise gegen die Täter vorzuhalten und den Weg zur nationalen Aussöhnung zu ermöglichen.

Berlin, den 20. Mai 2003

Dr. Christian Ruck
Dr. Friedbert Pflüger
Arnold Vaatz
Dr. Wolfgang Schäuble
Siegfried Helias
Hermann Gröhe
Dr. Wolfgang Bötsch
Dr. Ralf Brauksiepe
Rainer Eppelmann
Hartwig Fischer (Göttingen)
Norbert Geis
Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg
Klaus-Jürgen Hedrich
Dr. Egon Jüttner
Volker Kauder
Rudolf Kraus
Conny Mayer (Baiersbronn)
Sibylle Pfeiffer
Christa Reichard (Dresden)
Dr. Klaus Rose
Dr. Andreas Schockenhoff
Dr. Hans-Peter Uhl
Peter Weiß (Emmendingen)
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333